

DETLEF JOSEPH

Die BRD - »einer der demokratischsten Staaten der Erde«?

Der Aufsatz von André Brie,¹ der unter vielen Aspekten auch für die Programmatik der PDS von grundsätzlicher Natur ist, ist mir Veranlassung, zu einigen der behandelten Fragen Stellung zu nehmen.

A. Brie meint eingangs seines Artikels, daß sich die Marxsche Vorstellung von einer quasi gesetzmäßigen gesellschaftlichen Höherentwicklung als unzutreffend erwiesen habe (S. 56). Dieser Prozeß sei »komplizierter, umfassender« und es müßten »Fragen zivilisatorischer Kontinuität, der Kultur, Moral, Psychologie etc. ... in wesentlich stärkerem Maße berücksichtigt werden.« (S. 56). Dem Letzteren ist zuzustimmen. Was die Notwendigkeit, komplexe Prozesse und zivilisatorische Kontinuitäten zu beachten, allerdings mit der Falschheit einer Annahme von gesetzmäßigen Entwicklungen in der Gesellschaft zu tun hat, ist nicht recht einsichtig. Die Vorstellung einer Gesetzmäßigkeit der geschichtlichen Bewegung ist von Marx aus der Analyse der bisherigen Geschichte und dem Nachweis der Rolle der materiellen Existenzbedingungen der Menschheit abgeleitet worden. Was beweist nun, daß die Annahme des gesetzmäßigen Fortschritts in der Geschichte falsch wäre? Das Scheitern des Realsozialismus in Europa? Wo steht eigentlich geschrieben, daß »gesetzmäßig« identisch sein soll mit: »keine Rückschläge«, oder mit: »keine verschiedenen (Um)Wege«? Wieso soll das Scheitern eines geschichtlichen Versuchs, der unter unausgereiften ökonomischen, ideologischen usw. Voraussetzungen begann, somit eigentlich gegen die Theorie von Marx über die Bedingungen erfolgreicher gewaltiger gesellschaftlicher Umwälzungen, der Beweis dafür sein, daß es in der Geschichte nicht gesetzmäßig zugeht? Verleugnung von Gesetzmäßigkeiten in der Gesellschaft ist letztlich die Leugnung der Möglichkeit, die Gesellschaft wissenschaftlich zu analysieren. Denn Wissenschaft existiert nur dort, wo Gesetze festgestellt werden können. Mir scheint, daß nicht nur Marx aufgegeben, sondern sogar noch hinter Hegel zurückgegangen wird, dessen »wirkender Weltgeist« Gesetzmäßigkeiten in der Geschichte ahnen ließ.²

A. Brie meint, die »ML-Schule« habe die Gesellschaft trotz der Engels'schen Altersbriefe auf ihre Ökonomie reduziert und zu einem »blutleeren Ökonomismus« mit entsprechender »Fehleinschätzung der widerspruchsvoll-heterogenen Ganzheitlichkeit und Komplexität moderner Gesellschaften« geführt (S. 57).³ Ich bin mir darüber im klaren, daß es in einem Grundsatzartikel wie dem von A. Brie schlecht möglich ist, zu allen aufgestellten Thesen die Be-

Detlef Joseph – Jg. 1943, Prof. Dr. sc. jur., bis September 1991 im Institut für Staats- und Rechtstheorie der Sektion Rechtswissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin.

»Die Überlebensfähigkeit der Demokratien mit freierlicher Verfassung und pluralistischer sozialer Organisation ist heute sicherlich auch dem Mangel an attraktiven politischen Gegenmodellen zu danken. Weder das faschistische Modell noch das Beispiel des real existierenden Sozialismus besitzen heute, ..., eine systemgefährdende Anziehungskraft, auch wenn die ›totalitäre Verführung‹, die den umständlichen, zu Ausgleich und Kompromiß nötigen pluralistischen Entscheidungsprozeß zugunsten eindeutiger, ideologisch fundierter Lösungen gerne abschaffen möchte, noch nicht völlig wirkungslos ist.« Kurt Sontheimer: Wie stabil sind die Demokratien Westeuropas?, in: FAZ vom 8. Dezember 1987.

weise auch dadurch zu liefern, daß die Quellen angegeben werden. So ist es zwar möglich, aber leider unbefriedigend, wenn Brie es für erforderlich hält, auf einen von ihm angenommenen »sozialökonomischen Reduktionismus« (S. 57) bei Marx und Engels aufmerksam zu machen, jedoch nicht wenigstens andeutungsweise ausführt, wo er Beweise für seine Annahme sieht.

Es sollte Linken allerdings zu denken geben, daß der Vorwurf des »Ökonomismus« zum Standardrepertoire der erklärten theoretischen und praktischen Feinde des dialektischen und historischen Materialismus gehört. Das sind dieselben Leute, die nicht müde werden, die kapitalistische Ökonomie zu lobpreisen und den Maßstab »Es muß sich rechnen!« an Alles und Jedes legen. Verwunderlich ist es allerdings nicht, daß die Analyse gesellschaftlicher Prozesse von der ökonomischen Grundlage her rigoros abgelehnt bzw. maximal relativiert wird, geht es doch darum, die Abhängigkeit des Ideologischen und Politischen von der Ökonomie zu verschleiern, insonderheit wegen der bei der Bezugnahme auf das Ökonomische sofort aufscheinenden Frage nach dem Charakter des Eigentums, das der Ökonomie zugrundeliegt. Die marxistische Beweisführung von der »in letzter Instanz« entscheidenden, wenngleich nicht alleinigen Rolle der materiellen Verhältnisse, paßt nicht in das theoretische Konzept der Machterhaltung und -stabilisierung. Die Erkenntnis vom Wechselverhältnis zwischen Basis und Überbau, die die behauptete Unabhängigkeit des Ideologischen und Politischen fragwürdig macht, gehört zu den dem kapitalistischen System gefährlichsten Wahrheiten marxistischen Denkens.

Die »widerspruchsvoll-heterogene Ganzheitlichkeit« einer »modernen« Gesellschaft, von der A. Brie meint, daß sie fehleingeschätzt wurde, ist sowohl in der Theorie wie in der Praxis des Realsozialismus durchaus beachtet worden. Nicht umsonst ist der praktische Versuch unternommen worden, auf alle Ebenen der sozialistischen Gesellschaft Einfluß auszuüben und sie zu »gestalten«. Diese Tatsache wird der DDR-Führung mit dem politischen Kampfbegriff »Totalitarismus« heutzutage doch gerade angelastet. Daß dabei ein gewisses ökonomisch-mechanistisches Denken eine Rolle spielte, soll keineswegs bestritten werden. Man meinte beispielsweise durchaus, daß der »umfassende Sieg der sozialistischen Produktions-(Eigentums)verhältnisse« den Sieg der für sozialistisch angesehenen Gesellschaftsverhältnisse unumstößlich macht und gewissermaßen automatisch auch ein »neues« Bewußtsein hervorbringt. Obwohl diesem »Automatismus« so ganz auch nicht getraut wurde, weshalb unter anderem die »sozialistische Erziehung und Bewußtseinsbildung« bis zur Indoktrination einen hohen Stellenwert besaß. Den verschiedenen Sphären der Gesellschaft wurde durchaus große Aufmerksamkeit geschenkt. Ich verweise nur auf die in den offiziellen Parteidokumenten immer wieder versuchten »Analysen« der Entwicklung aller gesellschaftlichen Bereiche.

Der Verzicht auf Quellenangaben ist zumindest an einer Stelle allerdings nicht hinzunehmen. Es geht um die »moderne Gesellschaft«. Sowohl in seinem ND-Artikel als auch in der »Utopie kreativ« behauptet A. Brie, um sich gegen den Vorwurf, bei seiner terminologischen Bevorzugung des Begriffs der »Moderne« gehe

die konsequente Kennzeichnung des Heutigen als Kapitalismus verloren, zu verteidigen, daß es »Marx und Engels selbst (waren), die die kapitalistische Gesellschaft als erste moderne Gesellschaft bezeichneten« (S. 57). Sicher kann es nicht darum gehen, eigene Standpunkte mit Zitaten von Autoritäten abzustützen. Aber wenn man sich auf diese Autoritäten beruft, wie A. Brie das bezüglich der »Moderne« tut, dann möchte man doch schon überprüfbare Quellenangaben zur Verfügung haben. Nun gibt es bereits einen Aufsatz von Hans-Peter Krüger aus dem Jahre 1990, der für A. Brie möglicherweise Gedankenanstoß war und in dem es heißt: »Mir scheint es sinnvoll zu sein, den von Marx und Engels verwendeten Ausdruck der ›modernen bürgerlichen Gesellschaft‹⁴ näher zu hinterfragen, um in der Problemstellung der positiven Negation des Kapitalismus weiterzukommen: was ist in der kapitalistischen Gesellschaft im Vergleich zu allen vorkapitalistischen Gesellschaften eine strukturelle Errungenschaft für moderne Gesellschafts- und Kulturentwicklung generell?«⁵ Es ist nicht Anliegen meines Beitrages, sich mit der »Moderne«-Konzeption auseinanderzusetzen. Nur soviel sei angemerkt: Es mutet schon etwas seltsam an, wenn die bei Krüger in der Anmerkung 4 genannten Stellen aus dem Werk von Marx zum Beweis dafür herangezogen werden, schon Marx sei als Vorläufer der heutigen Moderne-Theoretiker anzusehen. Tatsächlich analysiert Marx die revolutionierende Wirkung des Kapitalismus auf die Erweiterung der Produktion, die Schaffung neuer Bedürfnisse, die Entdeckung und Schöpfung neuer Gebrauchswerte, die Entwicklung der Naturwissenschaft, »die Kultur aller Eigenschaften des gesellschaftlichen Menschen und Produktion desselben als möglichst Bedürfnisreichen, weil Eigenschafts- und Beziehungsreichen - seine Produktion als möglichst totales und universelles Gesellschaftsprodukt - (denn um nach vielen Seiten hin zu genießen, muß er genußfähig, also zu einem hohen Grad kultiviert sein) - ist ebenso eine Bedingung der auf das Kapital gegründeten Produktion.«⁶ Wo Marx von der »modernen bürgerlichen Gesellschaft« spricht,⁷ nutzte er meines Erachtens das Wort »modern« synonym für »gegenwärtig« oder »heutig« oder im Verhältnis zu den erstarrten Verhältnissen vor der Zeit des Kapitalismus. Jedenfalls nicht im Sinne des heute mit dem Begriff der »Moderne« praktizierten Verdeckens der Herrschaft des Kapitals. Ich maße mir nicht an, den Inhalt der MEW-Bände zu beherrschen, kann aber nicht umhin darauf zu verweisen, daß es eine durchaus markante Stelle zu diesem Problem gibt. Marx schrieb 1853, daß die Entwicklung des Eisenbahnwesens in Indien »ganz naturgemäß zum Vorläufer einer modernen Industrie werden« wird, und daß »die im Gefolge des Eisenbahnsystems entstehende moderne Industrie ... die überkommene Arbeitsteilung und damit die Grundlage der indischen Kasten aufheben (wird), die Indiens Fortschritt und Indiens Machtentfaltung so entscheidend behindert haben.« Marx bleibt dabei allerdings nicht stehen, sondern bemerkt: »Alle Maßnahmen, zu denen die englische Bourgeoisie möglicherweise genötigt sein wird, werden der Masse des Volkes weder die Freiheit bringen noch seine soziale Lage wesentlich verbessern, denn das eine wie das andere hängt nicht nur von der Entwicklung der Pro-

»Die Demokratie ist kein Harmoniebündnis, sondern eine streitige, freie und offene Auseinandersetzung über den besten Weg. Und der muß auch entschieden werden. Und das geschieht bei jeder Wahl.«

Bundespräsident Richard v. Weizsäcker: Interview, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 137 vom 2. Dezember 1987, S.1163.

»Wir wissen doch, wie das Problem Flick häufig über das Sherryglas hinweg diskutiert wird. Da wird aufstöhnend gesagt: Wie kann ein so tüchtiger Mann wie der Brauchitsch so viel aufschreiben! Wissen Sie, damit daß unsere Industriekapitäne beschließen, künftig weniger Aktennotizen zu schreiben, ist das Problem moralisch nicht aufzuarbeiten...«

Abgeordneter Dr. Glotz (SPD) in: Deutscher Bundestag, Stenographisches Protokoll, 102. Sitzung vom 16. 11.1984, S. 7466.

duktivkräfte ab, sondern auch davon, daß das Volk sie selbst in Besitz nimmt. Auf alle Fälle aber wird die Bourgeoisie die materiellen Voraussetzungen für beides schaffen. Hat die Bourgeoisie jemals mehr geleistet? Hat sie je einen Fortschritt zuwege gebracht, ohne Individuen wie ganze Völker durch Blut und Schmutz durch Elend und Erniedrigung zu schleifen?«⁸ Marx schrieb in diesem Artikel abschließend: »Erst wenn eine große soziale Revolution die Ergebnisse der bürgerlichen Epoche, den Weltmarkt und die modernen Produktivkräfte, gemeistert und sie der gemeinsamen Kontrolle der am weitesten fortgeschrittenen Völker unterworfen hat, erst dann wird der menschliche Fortschritt nicht mehr jenem scheußlichen heidnischen Götzen gleichen, der den Nektar nur aus den Schädeln Erschlagener trinken wollte.«⁹ Sollten wir nicht als Linke bei aller Anerkennung der in den Klassenauseinandersetzungen auch für die Arbeitenden erreichten Freiheiten und materiellen Errungenschaften ständig darüber aufklären, daß das Bestehende Kapitalismus ist und zwar mit aller Verantwortlichkeit für Krieg, Vernichtung, Arbeitslosigkeit, Kriminalitätsentwicklung, moralischer Degradation und Elend in dieser Welt. Wenn von »Moderne« die Rede ist, dann wird man ohne Zweifel feststellen können: Die Ausbeutung ist durch die Jahrhunderte der Existenz des Kapitalismus bei aller Änderung der Art und Weise des Arbeitens aktuell, gegenwärtig, d.h. »modern« geblieben.¹⁰ Mir scheint, daß Marx zum Kronzeugen der Ansichten unserer linken Modernetheoretiker nicht taugt.

Gelegentlich kann man auch von linken Politikern vernehmen, die BRD sei einer der demokratischsten Staaten der Erde. A. Brie verweist auf die durchaus negative Reaktion der Zuhörer, als in einer Versammlung von einem Teilnehmer diese These verkündet wurde.¹¹

Es scheint notwendig sich daran zu erinnern, daß das Eindringen in das Verhältnis von Erscheinung und Wesen einer Sache eine Grundvoraussetzung dafür ist, sein Handeln richtig bestimmen zu können. Die Analyse gesellschaftlicher Vorgänge und Prozesse bringt Begriffe und Definitionen hervor, deren massenhafte Anwendung in der Praxis ideologische Wirkungen erzeugt. »Wer über die öffentliche Sprache bestimmt, hat sich Legitimitätsvorteile für Realitätsdefinitionen verschafft, und er hat leichtes Spiel, den Menschen autoritäre Vorgaben für trennscharfe Unterscheidungen zu machen: zwischen Freund und Feind, zwischen Realismus und Utopie, zwischen Tugenden der Ordnung und dem Protest und Widerstand.«¹² Ich füge als weitere Beispiele hinzu: zwischen guten und bösen Spionen, zwischen BRD-Rechtsstaat und DDR-Unrechtsstaat, zwischen freiheitlicher Demokratie und kommunistischer Diktatur. Heiner Geißler hat sehr deutlich formuliert: »Revolutionen werden heute nicht mehr herbeigeführt, indem man Telegraphenämter und Bahnhöfe besetzt, sondern indem man Begriffe besetzt.«¹³ Einer dieser grundlegenden Begriffe ist der der Demokratie. »Der Demokratiebegriff entwickelt mehr und mehr die Tendenz, synonym mit allem Guten, Schönen und Wahren in der Gesellschaft zu werden ... Der Demokratiebegriff wird heute von allen beansprucht, selbst von faschistoiden Gruppen ... Alle Systeme

me - unabhängig von der Gesellschaftsformation und dem Entwicklungsstand - gehören nach einer Untersuchung der UNESCO ... zu den Befürwortern der Demokratie.«¹⁴

Nun ist unverkennbar, daß unter den Linken von heute eine theoretische Verunsicherung in vielerlei Hinsicht festzustellen ist. Alles, was einmal zum theoretischen Grundbestand des historischen Materialismus im allgemeinen und der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften im besonderen gehörte,¹⁵ scheint in Frage gestellt, weil die Praxis, die sich auf diese Theorie berief, zumindest in Europa obsolet geworden ist.

Das Verständnis der Demokratie nimmt dabei einen besonderen Platz ein. Das ist auch völlig verständlich, war doch das Fehlen bestimmter Demokratie in der sozialistischen Gesellschaft einer der entscheidenden Gründe für den Niedergang des Realsozialismus in Europa.¹⁶ Dem Mangel an Demokratie scheint man mit dem Anschluß der DDR an die BRD entronnen zu sein. Nunmehr wird auch von Linken kundgegeben, die BRD sei einer der demokratischsten Staaten der Erde¹⁷ und bei der Verkündung dieser Behauptung laut werdender Widerspruch gerät in den Verdacht fundamentalistischer Betonköpfigkeit. A. Brie relativiert diese Lobeshymne der BRD-Demokratie zwar, indem er meint, damit sei eigentlich »etwas über den erbarmungswürdigen Zustand von Demokratie auf dem Erdball gesagt«¹⁸ - was man aus der Eloge beim besten Willen nicht ohne weiteres zu schlußfolgern vermag -, meint dann aber weiterhin, daß die »notwendige Relativierung und Problematisierung ... nicht auf eine Leugnung demokratischer und rechtsstaatlicher Errungenschaften in der BRD hinauslaufen« könne.¹⁹ Dieser Standpunkt ist zu unterstützen. Nur fragt es sich, gegen wen da eigentlich polemisiert wird. Ohne Zweifel bietet die Geschichte der kommunistischen Arbeiterbewegung nicht wenige Beispiele sowohl für die Unterschätzung, ja Mißachtung bürgerlicher Demokratie in den kapitalistischen Staaten²⁰ als auch der Mißachtung oder Geringschätzung der in der bürgerlichen Demokratie erreichten zivilisatorischen Errungenschaften persönlicher Freiheiten und Rechte nach der Errichtung der politischen Herrschaft in den europäischen sozialistischen Staaten. Aber ebenfalls ohne Zweifel sind aus den schrecklichen Folgen der Mißachtung der Errungenschaft bürgerlicher Demokratie von der kommunistischen Bewegung in den kapitalistischen Ländern die richtigen Schlußfolgerungen auch zu ihrer Verteidigung gezogen worden. Wenn von Sozialisten heute auf den formalen Charakter bürgerlicher Demokratie verwiesen wird, bedeutet das keineswegs eine Mißachtung, sondern macht nur deutlich, daß man die Grenzen der Rechte und Freiheit, die die bürgerliche Demokratie ausmachen, nicht aus dem Auge verlieren darf. Das Formale ist von außerordentlichem Stellenwert und besitzt im konkreten Falle durchaus inhaltliche Bedeutung hinsichtlich der Abwehr von Verletzungen der Rechte und Freiheiten des Individuums. Die historisch konkreten Vorzüge der bürgerlichen Demokratie sind zu nutzen und gegen Abbau zu schützen.

Es muß wiederholt werden: Bei aller Anerkennung des zivilisatorischen Gehalts bürgerlicher Demokratie sollten Linke jedoch

»Ein erster Standardeinwand (von Ostdeutschen - D.J.) zieht seinem Kern nach den ›demokratischen Gehalt‹ der repräsentativen Demokratie in Zweifel. Er tritt häufig in der Redefigur auf, zwar habe es in der DDR keine freien Wahlen gegeben, aber auch heute hätte doch das Volk, der ›kleine Mann auf der Straße‹ sozusagen, in Wirklichkeit nichts zu sagen. Die eigentlich Mächtigen, die wirklich das ›Sagen hätten, säßen doch entweder in den Banken und den Konzernzentralen usw. oder hätten - als Spitzenpolitiker - längst den Kontakt zu den Massen verloren‹. Im Grunde genommen sei es also genauso wie früher - jedenfalls: daß das Volk herrsche, davon könne keine Rede sein..... Dem ersten Standardeinwand liegt die weit verbreitete Fiktion zugrunde, Demokratie bedeute im wörtlichen Sinne Volksherrschaft. Diese - am Wortsinn festhaltende - Vorstellung war nicht zuletzt durch propagandistisch vorgetragene Ansprüche, was die sozialistische Demokratie sei, induziert worden. Nachdem es offensichtlich geworden war, daß diese Ansprüche im Realsozialismus nicht eingelöst werden konnten, sollte nun - die ›Diktatur der Bonzen‹ war abgeschüttelt - die Herrschaft des Volkes angetreten werden auf daß es dem ›kleinen Mann‹ endlich besser ginge. Dem geht es häufig auch besser, allerdings blieb unberücksichtigt, daß es vielen, die sich nicht oder nicht mehr zu den ›kleinen Leuten‹ rechnen, noch viel besser geht und mit wachsenden relativen Abständen im Lebensniveau auch absolute Zuwächse partiell entwertet werden. Dieser Herrschaftscharakter,

der selbst durch die Implantierung von mehr basisdemokratischen oder plebiszitären Elementen nicht zu tilgen wäre, ist eine direkte Konsequenz des Mehrheitsprinzips. Jede Durchsetzung eines Mehrheitsbeschlusses bedeutet Herrschaftsausübung einer Mehrheit über eine Minderheit. Unbedacht blieb offenbar auch, daß Demokratie, und hier handelt es sich um eine repräsentative Demokratie; nicht bedeutet, daß jeder in jeder Angelegenheit mitentscheiden kann. Entscheidungen, die alle betreffen können, fällen wenige Volksvertreter, die jeweils nur von einem Teil des Volkes gewählt wurden. Naturgemäß muß es viele geben, die sich von diesen Repräsentanten des Volkes nicht vertreten fühlen. Illusionäre Vorstellungen, die diesbezüglich etwas anderes erwarten, müssen zu Enttäuschungen führen und können generelle Vorbehalte gegenüber der Demokratie erzeugen. Der zentrale Kern und Vorzug der Demokratie - die Möglichkeit, Regierungen, denen die Macht nur auf Zeit geliehen ist, abzuwählen - bleibt dann unerkannt.«

L. Fritze: Schwierigkeiten mit der Demokratie. Politische Denkmuster in den neuen Bundesländern, in: Das Parlament, Nr. 29-30/1994, S. 17.

nicht vor lauter Euphorie die objektiv bestehenden Schranken bürgerlicher Demokratie, die sich aus dem Klassencharakter dieser Demokratie ergeben übersehen oder verniedlichen. Der gegenwärtig gravierendste Verstoß gegen die Demokratie, die ja bekanntlich mit dem Rechtsstaatsgedanken und der Rechtsstaatspraxis verbunden ist, sind die politischen Prozesse gegen DDR-Bürger für deren legitimes hoheitliches Handeln. Es ist für mich unerklärlich, wie man allein schon angesichts dieser Tatsache von einem »demokratischsten Staat« reden kann. Hier haben wir es mit einem der berühmten Knackpunkte im Verhältnis von propagiertem Anspruch und politischer Realität zu tun. Es beweist sich, daß bürgerliche - wie jede andere in letzter Instanz klassenmäßig determinierte - Demokratie gegen den politischen Gegner ihre Grenzen hat. Man komme auch nicht mit dem Einwand, es gebe im Verhältnis zur Anzahl der Ermittlungsverfahren und Anklagen doch relativ wenige ausgesprochene und rechtskräftige Verurteilungen. Abgesehen davon, daß jedes Ermittlungsverfahren und jede Anklage auch dann, wenn das Ergebnis nicht in einer Verurteilung mündet, für die Betroffenen soziale und psychische Beeinträchtigungen zur Folge hat, ist jede einzelne Verurteilung eine zuviel, wenn sie nicht tatsächlich auch nach DDR-Recht hätte erfolgen müssen.

Man sollte mithin, wenn man über den »demokratischsten Staat« philosophiert, die Realität mitbeachten. Was mich einigermaßen beeindruckt ist die, gelinde gesagt Blauäugigkeit, mit der einige auch aus unseren Reihen die BRD als »demokratischsten Staat« apostrophieren. Abgesehen davon, daß der Maßstab nicht erkennbar ist, nach dem hier gemessen wird, sollte doch wohl nicht außer Betracht gelassen werden, welche Erfahrungen und Erkenntnisse die revolutionäre linke Bewegung hinsichtlich der »Heiligkeit« und Unverbrüchlichkeit« bürgerlicher Demokratie in der Geschichte bislang gewinnen mußte.²¹ Diese Erfahrungen zu vermitteln und die Wachheit gegen den Mißbrauch oder Abbau bürgerlicher Demokratie zu schärfen, gehört m.E. zur Verantwortlichkeit sozialistischer Politiker. Lobpreiser der bürgerlich-kapitalistischen Demokratie gibt es bereits genug. Linken kommt es zu, das Verhältnis von Diktatur und Demokratie, die Hintermänner/Frauen der Macht und ihrer Ausübung, die Mechanismen der Machtausübung, das Zusammenspiel der Elemente der Gewaltenteilung offenzulegen.

Da wird, wenn von Demokratie die Rede ist, immer nur jener Bereich behandelt, der von der Internationalen Konvention über bürgerliche und politische Rechte (vom 19. Dezember 1966) erfaßt wird. Die am selben Tag erlassene Internationale Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, die u.a. im Artikel 6 Wichtiges zum Recht auf Arbeit zu sagen weiß, wird als »nicht justizabel« weitgehend ignoriert. Und was die Demokratie-Fanatiker zur wirtschaftlichen Mitbestimmung zu vermitteln wissen, ist schon interessant.²² Es geht in Ostdeutschland inzwischen auch die böse Erkenntnis um, daß man, wenn man sich zu DDR-Zeiten auf dem Alex hinstellte und rief: »Weg mit Honecker!«, fast unverzüglich selbst weg war. Im VEB-Betrieb hingegen konnte man selbst höchste Funktionäre heftig kritisieren. Heute könne man sich öffentlich negativ über den Bundeskanzler erklären und es passiere

einem nichts. Aber man solle sich nicht einfallen lassen, im Betrieb - sofern man noch Arbeit hat -, den »Betriebsfrieden« zu stören!

Man sollte nicht übersehen, daß zu dieser bundesdeutschen Demokratie mittlerweile militärische Auslandseinsätze gehören. In einem Artikel mit der Überschrift »Die Bundeswehr und der Ernstfall« heißt es, daß drohe, »dem Irrtum Vorschub zu leisten, es sei möglich, sich als einzelner von den Risiken staatlichen Handelns abzukoppeln. Das Bewußtsein der Risikoteilhabe, die Bereitschaft, sie mitzubestimmen und das Gemeinwesen zu schützen - all das gehört zusammen als wesentlicher Bestandteil der Demokratie.«²³

Und man sollte nicht übersehen, daß die Praxis dieser Bundesrepublik tagtäglich Beweise dafür liefert, daß die Demokratie politischen und ideologischen Zwecken untergeordnet ist.

Bekanntlich - oder vielleicht manchem Linken eben nicht mehr bekannt - ist der tendenzielle Abbau der bürgerlichen Demokratie im hochentwickelten Kapitalismus ein stetiger Prozeß, in dem auch ideologische Voraussetzungen geschaffen werden, um gegebenenfalls eine für die Machterhaltung des Bestehenden erforderliche totale Beseitigung dieser Demokratie »plausibel« zu legitimieren. Das »Erforderliche« bezieht sich auf jene Situation, in der die Herrschenden meinen, für den Bestand ihrer Machtausübung Gefahr sehen und Gegenmaßnahmen einleiten zu müssen. Der STERN-Reporter Peter Grubbe berichtete 1967: »Opposition können wir uns leisten, wenn die deutsche Wirtschaft wieder flott ist« erklärte mir der Leiter eines Industrieverbandes in Köln, »heute heißt es erst mal: Alle Mann an Deck!«²⁴ Der damalige CDU-Bundesinnenminister Paul Lücke wußte am 20.2.1969 im Deutschlandfunk auf die Frage: »Stellt die ... Untergrundtätigkeit der verbotenen Kommunistischen Partei eine ernsthafte Gefahr für unsere rechtsstaatliche Ordnung dar?« zu antworten: »Nein, derzeit nicht; nur müssen wir uns klar darüber sein: Solange die Sonne der Konjunktur scheint, solange wir Vollbeschäftigung haben, solange wird diese Demokratie bestehen und in keine Gefahr hineingeraten. Aber, ich habe das in Weimar erlebt, wenn einmal fünf-, sechs Millionen Arbeitslose da sind, dann beginnt die hohe Zeit für die Agenten des Kommunismus, und für den Augenblick müssen wir uns vorbereiten und für den Augenblick müssen wir unseren Staat rüsten.« Im übrigen: Der Staat BRD ist »gerüstet« - streng »rechtsstaatlich«, wie sich versteht. Das Notstandsrecht ist in Sack und Tüten. Das 17. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes v. 24.6.1968²⁵ hat die entsprechenden Artikel in das GG eingefügt. Es sei hier an Art. 91 GG (Innerer Notstand) erinnert: »(1) Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes kann ein Land Polizeikräfte anderer Länder sowie Kräfte und Einrichtungen anderer Verwaltungen und des Bundesgrenzschutzes anfordern.« Ich überlasse es dem Leser, sich den Anlaß und die Praxis der »Rechtsanwendung« auszumalen.

Man betrachte heutzutage den Umgang mit der PDS. Neben dem permanenten »lauten Nachdenken« über eine »Verfassungsfeindlichkeit« der PDS reagiert die Reaktion hektisch auf den Wiedereintritt der PDS in den Bundestag. Es wird erwogen, streng

»Ein dritter Standardeinwand gründet auf der Feststellung, daß die Regierenden in der Demokratie oder auch die ökonomisch Mächtigen keineswegs ›bessere‹, moralisch integere Menschen seien als die vormals Mächtigen. ... Der dritte Standardeinwand ist mit der Fiktion verbunden, Demokraten seien grundsätzlich bessere Menschen als Diktatoren... Der Unterschied zur Diktatur besteht aber nicht darin, daß in der Demokratie nicht bestochen und sich persönlich bereichert würde, sondern darin, daß hier die Möglichkeit besteht, derartige Machenschaften aufzudecken und gegebenenfalls selbst höchste Repräsentanten des Staates zur Verantwortung zu ziehen. Die Demokratie kann nachgerade als eine Erfindung beschrieben werden, die menschliche Unzulänglichkeit - und zwar sowohl in kognitiver als auch moralischer Hinsicht - zumindest partiell und mit größerer Wahrscheinlichkeit zu kompensieren. Bei diesem dritten Einwand spielt aber auch die Fiktion eine Rolle, demokratische und marktwirtschaftliche Verhältnisse erforderten vom einzelnen keine Anpassungsleistungen. Daß aber in jeder Gesellschaft Konformitätszwänge existieren ... dürfte eine Binsenweisheit sein. Daß in jeder Gesellschaft Herrschaftsbeziehungen und daraus Abhängigkeiten existieren, hätte man ebenfalls wissen können.«
L. Fritze: Schwierigkeiten ..., a.a.O.

»demokratisch«, auf der Grundlage der vorhandenen systemimmanenten Parlamentsmehrheiten, den ungeliebten Konkurrenten auch durch die Änderung des bislang geheiligten Wahlrechts künftig auszuschalten. (Die Art und Weise des Umgangs mit dem Wahlrecht in den sozialistischen Ländern, eine der Ursachen des Niedergangs des Realsozialismus, steht hier nicht zur Debatte). Ein solches Vorgehen kann man in folgender Weise bewerten: »Ein Rechtssystem, das vor allem im Dienst der Macht steht, verfehlt im Kern die allem Recht zugrunde liegende Aufgabe, im Konflikt zwischen Macht und Recht der Macht Schranken zu setzen. Es war die Erkenntnis der europäischen Rechtsphilosophie, daß die sich entwickelnde Machtkonzentration im modernen Staat nur erträglich sein werde, wenn sie durch Recht begrenzt ist.« Diese Wertung soll natürlich nicht die Praxis der BRD kennzeichnen, sondern steht, um die DDR zu brandmarken, im Bericht der »Eppelmann«-Kommission des Bundestages!²⁶

Und es gibt weitere Behinderungen: Da wird über die Veränderung der Wahlkreise unter dem Aspekt nachgedacht, die Chancen linker Kandidaten zu verringern. Da wird durch die Anwendung des die Minderheiten benachteiligenden de'Hondt-Zählverfahrens die Herrschaft der Konservativen stabilisiert. Da wird mit Geschäftsordnungstricks die Besetzung von parlamentarischen Ämtern durch PDS-Abgeordnete verhindert. Da sollen in Berlin die Vollmachten von »Zählgemeinschaften« durch Auslegung seitens der Innenverwaltung so zurechtgebogen werden, daß die PDS als stärkste Fraktion in den Ostberliner Stadtbezirken um die Rechte gebracht wird, die bislang die jeweils stärkste Fraktion besaß.²⁷ Und da wird den der PDS nahestehenden Stiftungen die Finanzierung aus dem Staatshaushalt verwehrt, wohl wissend, daß zum Verwirklichen demokratischer Rechte und Freiheiten auch materielle Voraussetzungen gehören.

Jedenfalls sollte für Linke nicht die Rolle des apologetischen Anbeters eines Systems angemessen sein, das erkennbare Defizite im Demokratischen aufweist. Die BRD, als repräsentative Demokratie mit einer starken Stellung systemkonformer Parteien konzipiert, leidet unter der wachsenden Macht der Exekutive gegenüber den Vertretungskörperschaften ebenso wie unter der Allmacht der Parteibürokratie und der permanent wachsender Politikverdrossenheit der »Normalbürger« des Landes. Diese massenhafte Politikverdrossenheit hat viele Ursachen. Nicht zuletzt gehört zu ihnen das wachsende Gefühl und Bewußtsein, in dieser Demokratie letztlich nichts zu sagen zu haben. Die Stimmabgabe wird als non plus ultra der Demokratie glorifiziert. Danach sind die Volksvertreter nur noch ihrem Gewissen verantwortlich, das sich oft genug als am eigenen Gewinn orientiert erweist.²⁸

Wahlversprechungen sind in der Regel Versprechungen, die am Tage nach der Wahl vergessen sind und besser als Betrug am Wähler zu kennzeichnen wären. Wer an die Versprechen glaubt, muß damit leben, geglaubt zu haben.

Wenn von bürgerlicher Demokratie die Rede ist, kann man eben auch an der Frage nicht vorbei, wer in dieser Demokratie in letzter Instanz das Sagen hat. Das hat nichts mit »ökonomistischem Re-

duktionismus« zu tun und ist auch nicht als gradlinig unvermittelt funktionierender Mechanismus zu verstehen. Gelegentlich gerät das Wechselspiel Großes Geld - Politik zur Kenntnis des breiten Publikums. Aus der Konkurrenz verschiedener ökonomischer und politischer Gruppierungen und Fraktionen hat die Öffentlichkeit manchmal insofern einen Gewinn, als an sich tunlichst verborgen Gehaltene nach außen dringt. Es sei an die Flick-Affäre erinnert, die 1984 die BRD bewegte. Hier soll nicht der Einzelheiten des Skandals der finanziellen Politikerbeeinflussung gedacht werden, sondern die Demagogie gezeigt werden, mit der im Bundestag dazu diskutiert wurde. Der Abgeordnete Dr. Langner (CDU/CSU) fragte scheinheilig, was denn bei der Flick-Affäre eigentlich der Kern der Sache sei, um zu antworten: »Ein Konzern, sein Inhaber, einige Geschäftsführer und Mitarbeiter haben sich da eine Menge herausgenommen, was mit gutem demokratischen Stil und Verhalten nicht vereinbar war. Wirtschaft und Politik sollten nicht so miteinander umgehen, wie es in manchem Vermerk des Herrn Brauchitsch verzeichnet ist. Manchmal wäre auch etwas mehr Distanz des Staates, der neutral zu sein hat, angebracht gewesen. ... Im übrigen können nur Materialisten meinen, daß es allein das Geld ist, das die Welt regiert... Die Spenden an politische Parteien, ... , haben grundsätzlich nichts mit Käuflichkeit zu tun. ... Welches sind denn die konkreten Gegenleistungen gewesen? Die Behauptung ›Spende gleich Einflußnahme auf Entscheidungen‹ ist falsch.«²⁹ Der CDSU/CSU-Abgeordnete Eylmann wußte zu vermelden: »Die Instrumentarien der Republik haben im Ergebnis dem Versuch korrumpierender Einflußnahme standgehalten. Wir haben keine gekaufte, wir haben allenfalls eine denunzierte Republik.«³⁰ Und der Bundestagsabgeordnete Dr. Vogel (SPD) fügte der Debatte die »scharfe« Bemerkung hinzu: »Es gibt die anstößigen Verwachsungen von Geld und Politik von denen gestern hier die Rede war.«³¹ Es wird so getan, als handle es sich um vereinzelte schwarze Schafe. Tatsächlich ist die hier dargestellte Beziehung Geld-Politik Systembestandteil.

Letztlich ist zu konstatieren, daß es für die Bewertung der Demokratie bedeutsam ist, ob man über eine marxistische Analyse des bürgerlichen Staates verfügt oder im allgemeinen Gerede vom »Sozialfaktor Staat«, vom Staat als »Strukturbestandteil im System gesellschaftlicher Phänomene« usw. befangen bleibt. Wird übersehen, daß der heutige kapitalistische Staat BRD nach wie vor Machtinstrument nach außen und Disziplinierungs - und Unterdrückungsinstrument nach innen geblieben ist und die bislang auch ausgeübte Funktion sozialer Sicherung der Bürger zunehmend abgebaut wird, dann verkennt man auch das Wesen dieser bürgerlichen Demokratie und verbleibt in illusionären Vorstellungen.

1 A. Brie: Zur Verteidigung von Theorie und Politik sozialistischer Moderne, in: UTOPIE kreativ, Heft 61 (November 1995), S. 56ff. Nicht näher gekennzeichnete Seitenangaben in diesem Aufsatz beziehen sich auf diesen Artikel. Zur Problematik vgl. auch A. Brie: Linke sitzt im Schmollwinkel, in: Neues Deutschland, 7./8. Oktober 1995.

2 Daß nach dem Zusammenbruch des europäischen Realsozialismus die Abkehr nicht weniger ehemaliger Gesellschaftswissenschaftler - die nunmehr bestenfalls Geisteswissenschaftler sein wollen - vom »Marxismus-Leninismus« und zugleich mehr oder weniger stillschweigend von Marx und seiner wissenschaftlichen Analyse, d.h. seiner Erkenntnis von auch in der Gesellschaft wirkenden Gesetzen Konjunktur hat - siehe z. B. R. Mocek: Vom Patriar-

- chensozialismus zur sozialistischen Demokratie. Gedanken zu einer neuen Theorie der Gesellschaft, in: Initial Heft 1/1990, S. 5ff. -, ist allerdings nicht zwingend ein Beweis für die Unrichtigkeit des dialektischen und historischen Materialismus. Hinsichtlich der Terminologie folge ich im weiteren dem Gedanken von Th. Kuczynski, der »den weniger handlichen Begriff »auf Marx basierendes Denken«³, bevorzugen würde, aber aus Rationalitätsgründen den Begriff »Marxismus« verwendet (Th. Kuczynski: Zwischen Wissenschaft und Politik, in: ND vom 18./19. November 1995, S. 10)
- 3 Schon in dem Artikel von H.-P. Krüger: Moderne Gesellschaft und »Marxismus-Leninismus« schließen einander aus (Initial, Heft 2/1990, S. 149ff.) werden analoge Vorwürfe erhoben.
 - 4 Vgl. u.a. K. Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie, Vorwort, in: MEW, Bd. 13, S. 7ff.; K. Marx: Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 28f., 79f., 312f., 387f. (so die Quellenangaben in dem in der Anm. 5 angeführten Artikel.). (Hervorhebungen im Original - D.J.)
 - 5 H.-P. Krüger: Zur Differenz zwischen kapitalistischer und moderner Gesellschaft, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 3/1990, S. 202ff.
 - 6 MEW, Bd. 42, S. 322f.
 - 7 MEW, Bd. 13, S. 7; Bd. 42, S. 40 u. 41.
 - 8 K. Marx: Die künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien, in: MEW, Bd. 9, S. 224.
 - 9 A.a.O., S. 225.
 - 10 Soweit ich das übersehen kann, wird gerade dieser Aspekt von den Autoren, die u.a. von A. Brie herangezogen werden, nicht behandelt. Man wünschte sich auch, daß kritische Literatur zu den bürgerlichen Moderntheoretikern beachtet wird. Ich erlaube mir, auf einen Beitrag von mir aufmerksam zu machen, in dem ich zu dem demokratie- und rechtstheoretischen Buch von J. Habermas: Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt a.M. 1992, Stellung genommen habe. (D. Joseph: Macht, Recht, Rechtsstaat. Kritisches zum Konzept von Jürgen Habermas, in: Z.- Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Heft 15 (November 1993), S. 97ff.
 - 11 A. Brie, Zur Verteidigung ..., a.a.O., S. 62.
 - 12 O. Negt, A. Kluge: Maßverhältnisse des Politischen, Frankfurt a.M 1992, S. 61.
 - 13 Zitiert nach: O. Negt, A. Kluge, Maßverhältnisse..., a.a.O., S. 61. Ein nahezu klassisches Beispiel für die falsche Belegung von Begriffen ist die Verwendung des Begriffs »Diktatur«. Tatsächlich meinen einige Politiker allen Ernstes, die heute verfolgten Akteure der DDR hätten keinen Grund, sich darüber die entrüsten, daß die DDR als »Diktatur« (»diktatorisches Gewalt- und Unrechtssystem« - so heißt es im Bericht der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«, BT-Drs. 12/7820, S. 20) bezeichnet werde, habe sich doch die DDR selbst als Diktatur, nämlich als Diktatur des Proletariats, verstanden. Voller Absicht wird dabei übergangen, daß der Begriff der Diktatur des Proletariats bei Marx und Lenin ein wissenschaftlicher Begriff zur Kennzeichnung des Staatstyps einer gegebenen Produktionsweise (Gesellschaftsordnung) war, der die Klasse (Klassen) charakterisierte, deren politische Herrschaft durch den gegebenen Staat realisiert wurde bzw. wird. So war auch der deutsche faschistische (=nationalsozialistische) Staat eine Staatsform des kapitalistischen Staatstyps (der Diktatur der Bourgeoisie) und kein sozial unbegründetes Produkt eines einzelnen Usurpators, keine »Verirrung« der Geschichte. Die Kennzeichnung des jeweiligen Staatstyps als Diktatur der Sklavenhalter, der Feudalherren, der Bourgeoisie und des Proletariats (der Arbeiterklasse) sagte durchaus nichts darüber aus, in welcher Art und Weise die jeweilige Diktatur der Klasse (Klassen) ausgeübt wurde und wird. Die Art und Weise der Verwirklichung der Diktatur einer Klasse kann brutal-terroristisch, autoritär, demokratisch-parlamentarisch, bonapartistisch, auch »diktatorisch« usw. sein. Die heutigen herrschenden Ideologen negieren absichtlich diese notwendigen Unterscheidungen, ja sie akzeptieren sie überhaupt nicht, weil die Erscheinungen der Gesellschaft nach bürgerlichem Verständnis dem Grunde nach eigentlich wissenschaftlich nicht durchschaubar sind. Die vielgepriesene Pluralität der Anschauungen zur Gesellschaft und deren Erscheinungen verdeckt in nicht geringen Maße, daß man sich der wissenschaftlichen Definition zu entziehen sucht. Jeder Wissenschaftler hat eben seine Definition vom Staat, vom Recht, von der Gerechtigkeit usw. Selbst für den gepriesenen Rechtsstaat wartet man mit eine Fülle von Definitionen auf.
 - 14 H. R. Buck (Hrsg.): Demokratie. Studentexte, München 1974, S. 12 (zitiert nach: U.-J. Heuer: Zur Entwicklung der Demokratietheorie in der DDR, in: Demokratie und Recht, 1/1988, S. 29).
 - 15 Es bleibe hier unbeachtet, daß der »Marxismus-Leninismus« in der Tat in weiten Strecken eine Legitimation des Bestehenden war. Nicht übersehen werde sollte aber, daß die Verballhornung und der Mißbrauch einer Wissenschaft nicht dieser Wissenschaft angelastet werden kann. Linke sollten der Bourgeoisie nicht den Gefallen tun, die notwendige kritische Analyse des »Marxismus-Leninismus«, dessen Konstituierung auf Stalin zurückgeht, in eine Aufgabe des wissenschaftlichen Grundgehalts des dialektischen und historischen Materialismus zu verwandeln. Bekanntlich hatte Stalin 1924 an der Swerdlow-Universität verkündet: »Der Leninismus ist der Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution«. (J. W. Stalin: Über die Grundlagen des Leninismus, in: J. W. Stalin: Werke, Bd. 6, Berlin 1952, S. 63).
 - 16 Die Ernüchterung nicht weniger Ostdeutscher, deren Idealbild von bundesdeutscher Demokratie mit dem Erleben dieser Demokratie nach dem Anschluß ins Wanken geraten ist, beschreibt L. Fritze in seinem Aufsatz »Schwierigkeiten mit der Demokratie. Politische Denkmuster in den neuen Bundesländern, in: Das Parlament, Nr. 29-30/1994, S. 17), wobei er in seiner Gegenargumentation deutlich macht, daß die Ostdeutschen »Fiktionen« erlegen sind, die sie sich selbst aufgebaut hatten. Wer den Schaden hat, braucht sich um den Spott nicht zu sorgen!
 - 17 So Thomas Drzisga in seinem Diskussionsbeitrag anläßlich der Gründungsveranstaltung des »Marxistischen Forums« am 29. Mai 1995 (vgl. A. Brie, Zur Verteidigung..., a.a.O., S. 62.) In der Erklärung des Bundesvorstandes der PDS vom 11. September 1995 »Zum 5. Jahrestag der deutschen Vereinigung« ist die Behauptung zu lesen, die deutsche Vereinigung

- habe »für die große Mehrheit einen deutlichen Zuwachs an Demokratie, Freiheit und Menschenrechten gebracht« (Presse Dienst der PDS Nr. 37/1995, S. 12). Nebenbei bemerkt: Der Maßstab, den Helmut Schmidt für die Demokratie setzt, hat folgenden Inhalt: »...solange nicht nur einmal, sondern mehrere Male mit größter Selbstverständlichkeit durch den Willen des Wählers und keinerlei Manipulationen von sonstwem Regierung und Opposition ausgewechselt worden sein werden, 1 x, 2 x, 3 x, 4 x, erst wenn der Pendelschlag mit großer Selbstverständlichkeit hin und her funktioniert hat, mehrere Male, erst dann können wir annehmen, daß diese zweite deutsche Demokratie etwas Endgültiges, etwas Stabilisiertes sei.« (Helmut Schmidt, in: Der Spiegel Nr. 13 (21. März 1966), S. 106.
- 18 A. Brie, Zur Verteidigung ..., a.a.O., S. 62.
- 19 Ebenda.
- 20 Dabei sollte allerdings nicht übersehen werden, daß der Klassencharakter der bürgerlichen Demokratie eben auch nicht selten gegen die kommunistischen Arbeiter und ihre Parteien praktikabel wurde und den Haß, der mit dem Verstand nicht einfach auszuschließen war, bis zur Blindheit gegenüber den politischen Konsequenzen der Negation bürgerlicher kapitalistischer Demokratie schürte.
- 21 Laut »Times« vom 1. Oktober 1973 äußerte Pinochet, bis heute weder angeklagter noch verurteilter siegreicher Putschist gegen den frei und demokratisch gewählten chilenischen Präsidenten S. Allende: »Democracy carries within it the seed of its own destruction. There is a saying that »democracy has to be bathed occasionally in blood so that it can continue to be democracy.«
- 22 »Demokratie ist ein politisches Problem. Demokratie ist kein wirtschaftliches Problem... Kein Geringerer als der wissenschaftliche Protektor der Gewerkschaften, Professor Goetz Briefs, hat das Gerede von einer Wirtschaftsdemokratie als »absoluten Irrsinn« bezeichnet. Wer es Ernst meint mit der Demokratie sollte dafür Sorge tragen, daß sie im politischen Bereich keinen Schaden leidet und daß in unserem öffentlichen Leben Meinungs- und Redefreiheit unangetastet bleiben. ... Das Verlangen nach Demokratisierung der Wirtschaft, so hat Goetz Briefs gesagt, ist einer der herrenlosen Hunde von Weltanschauungen, die nach dem Rückzug des Christentums herumlaufen.... Um es noch einmal zu sagen: Demokratie ist eine politische Kategorie. Demokratie ist die erstrebenswerte Form unseres öffentlichen Lebens, die die Mitwirkung aller in unserem Gemeinwesen sicherstellt. Alle anderen Lebensbereiche unterliegen anderen, ihnen eigentümlichen Gesetzen. Niemand hat bisher gefordert, das Familienleben, die Schulen, das Militär, die Zuchthäuser oder die kirchliche Hierarchie zu demokratisieren.« (E.W. Maenken: Mißbrauch mit der Demokratie, in: Industriekurier, 6. November 1965). Der mit dieser Aufzählung mögliche Vergleich der Verhältnisse in einem Betrieb mit denen in Zuchthäusern ist schon bemerkenswert.
- 23 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. Oktober 1995, S. 1.
- 24 STERN, Nr. 10, 5. März 1967.
- 25 BGBl. I S. 709.
- 26 Bericht der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«, BT-Drs. 12/7820, S. 88.
- 27 Als die GRÜNEN noch als respektable Opposition angesehen wurden, wurde auch ihnen mit entsprechenden Manipulationen so manches demokratische Recht verweigert. Es sei an die Klage erinnert mit der sie versucht hatten, ihrem Ausschluß aus den Ausschüssen für Sicherheitsfragen und für Bundesangelegenheiten und Europafragen des Bayerischen Landtages entgegenzuwirken. Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hatte ihre Klage zum Thema Sitzverteilung in Landtagsausschüssen für sie negativ entschieden - mit »schlüssig« und schön formulierter Begründung versteht sich, wie es einer Demokratie zukommt. (Urteil v. 14.12.1988, in: Die öffentliche Verwaltung, 7/1989, S. 308ff.; Neue Juristische Wochenschrift, 31/1989, S. 1918ff.) Siehe auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts v. 14.1.1986, mit dem die Klage der GRÜNEN wegen der Nichtbeteiligung an der Parlamentarischen Kontrollkommission zurückgewiesen wurde: »9. Jedenfalls aus zwingenden Gründen des Geheimnisschutzes kann es verfassungsrechtlich hinzunehmen sein, daß einzelne Fraktionen bei der Besetzung eines Ausschusses unberücksichtigt bleiben.« (Neue Juristische Wochenschrift, 14/1986, S. 907).
- 28 Ich nenne hier nur einige Autoren, die sich mit dieser unerquicklichen Materie beschäftigt haben: P. Noack: Korruption - die andere Seite der Macht, München (1985) 1987; H.H. v. Arnim: Die Partei, der Abgeordnete und das Geld, Mainz 1991; E. K. und U. Scheuch: Cliques, Klüngel und Karrieren. Über den Verfall der politischen Parteien - eine Studie, Reinbek bei Hamburg 1992; H.H. v. Arnim: Demokratie ohne Volk. Plädoyer gegen Staatsversagen, Machtmißbrauch und Politikverdrossenheit, München 1993; ders.: Der Staat als Beute. Wie Politiker in eigener Sache Gesetze machen, München 1993.
- 29 Deutscher Bundestag. Stenographischer Bericht. 204. Sitzung v. 13.3.1986, S. 15630ff.
- 30 A.a.O., S. 15670.
- 31 A.a.O., 205. Sitzung v. 14.3.1986, S. 15769.